Ressort: Politik

Verteidigungsministerium hat keinen Überblick über Subunternehmer

Berlin, 05.12.2018, 05:00 Uhr

GDN - In der Debatte um Verträge mit externen Beratern hat das Bundesverteidigungsministerium eingeräumt, keinen Überblick über eine mögliche Vergabe von Aufträgen an Subunternehmer zu haben. Staatssekretär Gerd Hoofe verwies nach Informationen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (Mittwoch) in einer Sondersitzung des Verteidigungsausschusses im November darauf, dass die Nennung von Unterauftragnehmern nicht zwingend sei.

Der Grundsatz etwa eines gängigen Rahmenvertrags sei, "dass die Auftragnehmer niemanden zu benennen brauchten, sondern machen könnten, was sie wollten", heißt es im Sitzungsprotokoll, über das die RND-Zeitungen berichten. Das Verteidigungsministerium gibt derzeit weiterhin eine dreistellige Millionensumme für Beratungsleistungen aus. In einem Brief von Verteidigungsstaatssekretär Thomas Silberhorn (CSU) an die Linksfraktion, über den die RND-Zeitungen berichten, werden 191 Verträge mit einem Gesamt-Finanzvolumen von 207,4 Millionen Euro genannt. Dazu kommen einem weiteren Schreiben Silberhorns zufolge weitere 92 Aufträge mit einem Gesamtvolumen von neun Millionen Euro von dem Ministerium untergeordneten Gesellschaften für IT- oder Bekleidungs-service oder zur Entsorgung chemischer Kampfstoffe. Der sicherheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, Matthias Höhn, sagte dem RND: "Der Grundsatz `Sie können machen, was sie wollen` muss ein Ende haben. Unabhängig von einem Untersuchungsausschuss muss mit dieser Praxis sofort Schluss sein." Es sei inakzeptabel, wenn Verträge vergeben würden, die dann beliebig an Subunternehmen ohne Zustimmung und ohne Wissen des Ministeriums oder nachgeordneter Behörden weitergeben würden. "Das war das Einfallstor für McKinsey und viele andere Beratungsfirmen", sagte Höhn. "Es muss auch immer klar sein, wo Steuergeld am Ende landet. Es kann nicht sein, dass im Bereich Militär und Verteidigung jeder machen kann, was er will - am öffentlichen Auftraggeber vorbei", sagte der Linken-Politiker dem RND. Wegen des Umgangs ihres Hauses mit externen Beratungsleistungen ist Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in die Kritik geraten. Von der Leyen hat Fehler eingeräumt. Die Opposition erwägt einen Untersuchungsausschuss.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116425/verteidigungsministerium-hat-keinen-ueberblick-ueber-subunternehmer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619